



## **Wirtschaftsprognose Sommer 2022: Russlands Krieg trübt konjunkturelle Aussichten ein**

Brüssel, 14. Juli 2022

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich weiter negativ auf die EU-Wirtschaft aus, beeinträchtigt das Wachstum und führt zu höherer Inflation als in der Frühjahrsprognose erwartet. In der [Wirtschafts\(zwischen\)prognose Sommer 2022](#) wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft in der EU 2022 um 2,7 % und 2023 um 1,5 % wachsen wird. Für das Euro-Währungsgebiet steht ein Wachstum von 2,6 % im Jahr 2022 zu erwarten, das im Jahr 2023 auf 1,4 % zurückgehen dürfte. Den Projektionen zufolge wird die jährliche durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2022 auf einen historischen Höchststand von 7,6 % im Euro-Währungsgebiet und 8,3 % in der EU klettern, bevor sie 2023 auf 4,0 % bzw. 4,6 % sinkt.

### **Durch den Krieg ausgelöste Schocks belasten das Wachstum**

Viele der Abwärtsrisiken, mit denen die Frühjahrsprognose 2022 behaftet war, sind eingetreten. Russlands Invasion in die Ukraine hat zusätzlichen Aufwärtsdruck auf die Energie- und Nahrungsmittelpreise verursacht. Infolgedessen baut sich global weiterer Inflationsdruck auf, die Kaufkraft der privaten Haushalte wird geschmälert, und die geldpolitische Reaktion erfolgt schneller als erwartet. Die anhaltende Wachstumsverlangsamung in den USA verstärkt die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der von China verfolgten strikten Null-COVID-Politik.

Aufgrund ihrer großen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland ist die EU-Wirtschaft nach wie vor besonders anfällig für Entwicklungen an den Energiemärkten, und durch das weltweit schwächelnde Wachstum wird die Auslandsnachfrage in Mitleidenschaft gezogen. Die Jahreswachstumsrate für 2022 dürfte durch den Konjunkturaufschwung des vergangenen Jahres und ein etwas besser als erwartet ausgefallenes erstes Quartal gestützt werden. Wenngleich sich die Sommersaison für den Tourismus vielversprechend anlässt, steht zu erwarten, dass die Konjunktur sich im restlichen Jahresverlauf verhalten entwickeln wird. Im Jahr 2023 dürfte das vierteljährliche Wirtschaftswachstum – getragen von einem resilienten Arbeitsmarkt, einer eingedämmten Inflation, der Unterstützung aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und den nach wie vor hohen überschüssigen Ersparnissen – an Dynamik gewinnen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die EU-Wirtschaft weiter expandieren wird, allerdings deutlich langsamer als in der Frühjahrsprognose 2022 erwartet.

### **Rekordinflation soll im Jahr 2023 zurückgehen**

Die Gesamtinflation hat bis Juni Rekordhöhen erreicht, da die Energie- und Nahrungsmittelpreise weiter anstiegen und der Preisdruck auch Dienstleistungen und andere Waren erfasste. Im Euro-Währungsgebiet stieg die Teuerungsrate im zweiten Quartal 2022 kräftig an, und zwar von 7,4 % im März (im Vorjahresvergleich) auf einen neuen historischen Höchststand von 8,6 % im Juni. In der EU insgesamt war der Anstieg sogar noch ausgeprägter: Die Inflation legte von 7,8 % im März auf 8,8 % im Mai zu und stieg somit um einen vollen Prozentpunkt.

Die Inflationsprognose wurde gegenüber der Frühjahrsprognose erheblich nach oben korrigiert. Zusätzlich zum starken Preisanstieg im zweiten Quartal dürfte ein weiterer Anstieg der europäischen Gaspreise auch über die Strompreise an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Inflation im dritten Quartal 2022 im Euro-Währungsgebiet ihren Höchststand von 8,4 % (im Vorjahresvergleich) erreichen wird, danach stetig nachgibt und im Schlussquartal 2023 sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der EU unter die 3 %-Marke sinkt, wenn der durch Angebotsengpässe und Rohstoffpreise verursachte Druck nachlässt.

### **Risiken bleiben hoch und sind vom Krieg abhängig**

Die Risiken, mit denen die Konjunktur- und Inflationsprognose behaftet ist, sind in hohem Maße von der Entwicklung des Krieges und insbesondere von dessen Auswirkungen auf die Gaslieferungen nach Europa abhängig. Ein erneuter Anstieg der Gaspreise könnte die Inflation weiter nach oben

treiben und das Wachstum bremsen. Zweitrundeneffekte könnten wiederum die Inflation weiter verstärken und eine deutlichere Verschärfung der Finanzierungsbedingungen nach sich ziehen, was nicht nur das Wachstum belasten, sondern auch erhöhte Risiken für die Finanzstabilität mit sich bringen würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die wiederaufflammende Pandemie in der EU zu erneuten Störungen der Wirtschaft führen könnte.

Gleichzeitig könnten sich die jüngsten Abwärtstrends bei den Öl- und sonstigen Rohstoffpreisen beschleunigen, was einen rascheren Inflationsrückgang als derzeit erwartet zur Folge hätte. Zudem könnte sich der private Verbrauch angesichts eines starken Arbeitsmarktes als widerstandsfähiger gegenüber steigenden Preisen erweisen, sofern die privaten Haushalte vermehrt auf ihre Ersparnisse zurückgreifen.

### **Stimmen aus dem Kommissionskollegium:**

Valdis **Dombrovskis**, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, erklärte: *„Russlands Krieg gegen die Ukraine wirft weiter lange Schatten auf Europa und unsere Wirtschaft. Wir stehen an mehreren Fronten vor Herausforderungen – von steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen bis hin zu äußerst unsicheren globalen Aussichten. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir aus einer Position der Stärke heraus handeln und nach der vorangegangenen Krise wieder solides Wachstum erreicht haben. Das Wirtschaftswachstum wird sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich verlangsamen, 2023 aber an Dynamik gewinnen. Angesichts der hohen Inflation und der verschärften Finanzierungsbedingungen wird es wichtig sein, das richtige Gleichgewicht zwischen dem Übergang zu einem umsichtigeren finanzpolitischen Kurs und dem Schutz der Schwächsten zu finden. Wir sollten außerdem unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland verringern.“*

Wirtschaftskommissar Paolo **Gentiloni** fügte hinzu: *„Die unprovokierte Invasion Russlands in die Ukraine sendet weiter Schockwellen durch die Weltwirtschaft. Moskaus Maßnahmen stören die Energie- und Getreideversorgung, treiben die Preise nach oben und schwächen das Vertrauen. In Europa dürfte die Wiederbelebung unserer Volkswirtschaften 2022 das jährliche Wachstum stützen, doch für 2023 haben wir unsere Prognose deutlich nach unten korrigiert. Es wird nun erwartet, dass die Rekordinflation im weiteren Verlauf dieses Jahres ihren Höchststand erreicht und 2023 allmählich sinken wird. Angesichts des Kriegsverlaufs und der ungewissen Zuverlässigkeit der Gaslieferungen ist diese Prognose mit hoher Unsicherheit und Abwärtsrisiken behaftet. Um in diesem schwierigen Fahrwasser Kurs zu halten, muss Europa eine Führungsrolle übernehmen, mit drei Worten, die unsere Politik definieren: Solidarität, Nachhaltigkeit und Sicherheit.“*

### **Hintergrund**

Mit der Sommerprognose 2022 wird die Frühjahrsprognose 2022 vom Mai 2022 zur BIP- und Inflationsentwicklung in allen EU-Mitgliedstaaten auf den neuesten Stand gebracht.

Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen in Bezug auf Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 30. Juni. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden Informationen bis einschließlich 5. Juli berücksichtigt.

Die Europäische Kommission veröffentlicht jedes Jahr zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und im Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und im Sommer). Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende und das folgende Jahr für alle Mitgliedstaaten sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt und für das Euro-Währungsgebiet.

Als nächste Prognose wird die Europäische Kommission voraussichtlich im November 2022 ihre Herbstprognose 2022 vorlegen.

### **Weitere Informationen**

Vollständiges Dokument: [Wirtschafts\(zwischen\)prognose Sommer 2022](#)

Vizepräsident Dombrovskis auf Twitter: [@VDombrovskis](#)

Kommissar Gentiloni auf Twitter: [@PaoloGentiloni](#)

GD ECFIN auf Twitter: [@ecfin](#)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) - telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Kontakt für die Medien:

[Veerle NUYTS](#) (+32 2 299 63 02)

[Tommaso ALBERINI](#) (+32 2 295 70 10)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)